

27. November 2009
Pressemitteilung von Martina Bunge

Armutsabwehr verlangt Abkehr von rot-grüner und schwarz-roter Rentenpolitik

„Nun ist offensichtlich auch die SPD aufgewacht“, meint die Abgeordnete Martina Bunge angesichts einer Erklärung von Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig. Diese hatte sich zu den Ergebnissen der jüngsten Sozialministerkonferenz in Berchtesgaden geäußert und die dort aufgemachte Forderung begrüßt, die Rentenberechnung von Niedrigverdienern zu überprüfen.

„In der Tat: Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und dabei nur ein geringes Einkommen erzielen konnten, erhalten nicht mehr als eine Armutsrente. Wenn daran etwas geändert werden soll, dann kann ich, kann meine Partei DIE LINKE das nur begrüßen. Unsere Vorschläge zur Verhinderung von Altersarmut liegen seit langem auf dem Tisch. Erforderlich ist eine Abkehr von dem unter der früheren rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Wandel in der Rentenpolitik.

Seitdem ist die Lebensstandardsicherung immer mehr ins Hintertreffen geraten und dafür die Beitragssatzstabilität in den Mittelpunkt gerückt. Die damit verbundene Senkung des Rentenniveaus sollte durch private Rentenversicherungen ausgeglichen werden. Aber gerade diejenigen, die wegen ihrer geringen Einkommen mit einer geringen gesetzlichen Rente rechnen müssen, haben nicht das nötige Geld, um privat vorzusorgen. Obendrein hat sich noch herausgestellt, dass viele auch mit Riester-Rente im Alter nicht mehr bekommen als einen Betrag in Grundsicherungshöhe.

Um eine armutsfeste Rente zu finanzieren, brauchen wir in Zukunft eine Erwerbstätigenversicherung, die auch Beamte, Politikerinnen oder gutverdienende Selbständige erfasst. Die Beitragsbemessungsgrenze muss angehoben und später aufgehoben werden. Dadurch kommt mehr Geld in die Rentenkasse, das dann gerechter verteilt werden kann. So könnten Beitragsjahre mit niedrigem Einkommen oder Zeiten von Kindererziehung, Ausbildung und Arbeitssuche höher bewertet werden.“